

Bürgergeld-Reform: Union und SPD im Kampf um soziale Gerechtigkeit!

Am 8. Juni 2025 wurde die Reform des Bürgergelds beschlossen, die Konflikte zwischen Union und SPD mit sich bringt.



Deutschland - Die Reform des Bürgergelds in Deutschland wurde offiziell beschlossen und dürfte weitreichende Auswirkungen auf das soziale Sicherungssystem haben. Laut **Tagesschau** sind vor allem Konflikte zwischen der Union und der SPD bei der Umsetzung der Reform zu erwarten. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann verlangt eine umfassende Reform des Systems und einen Stopp von Zahlungen bei wiederholter Ablehnung zumutbarer Jobs.

Bundeskanzler Friedrich Merz unterstützt diese Forderung und plädiert für einen vollständigen Leistungsentzug für arbeitsfähige Personen, die eine zumutbare Beschäftigung ablehnen. Sowohl Linnemann als auch Bundesarbeitsministerin

Bärbel Bas (SPD) zeigen sich optimistisch, was eine mögliche Zusammenarbeit zur Schaffung eines gerechten Sozialsystems angeht. Der Koalitionsvertrag sieht vor, das Bürgergeld in eine neue Grundsicherung für Arbeitssuchende umzuwandeln, wobei ein Vorrang für die Vermittlung in Arbeit sowie eine Verschärfung der Mitwirkungspflichten und Sanktionen vorgesehen sind.

Reaktionen der Verbände und Anpassungen

Die Forderungen an die Reform und die damit verbundenen Maßnahmen haben auch Kritik von verschiedenen Seiten ausgelöst. **Spiegel** berichtet von Vorwürfen der Sozialverbände gegenüber den Plänen der CDU. Insbesondere wird die Befürchtung laut, dass diese Maßnahmen zu einem Abbau sozialer Leistungen führen könnten, was die soziale Spaltung in der Gesellschaft weiter vorantreiben würde.

Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK, fordert eine Erhöhung des Bürgergelds sowie eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Ihrer Meinung nach sind die gestiegenen Preise für regionale Lebensmittel für viele einkommensschwache Familien kaum mehr bezahlbar. Um dem entgegenzuwirken, sollten die Regelsätze des Bürgergelds dringend an die aktuellen Preisentwicklungen angepasst werden, betont Bentele.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Die anstehenden Reformen des Sozialstaates sind nicht neu. Bereits seit Jahren werden Reformen diskutiert, wobei es allgemeine Übereinstimmung darüber gibt, dass das System der sozialen Sicherung neu justiert werden muss. Eine Analyse der **Bundeszentrale für politische Bildung** hebt hervor, dass die demographische Entwicklung, die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt sowie die Herausforderungen durch die Globalisierung wesentliche Faktoren sind, die Reformen erforderlich machen.

Allerdings besteht Uneinigkeit darüber, wie diese Reformen konkret gestaltet werden sollen. Während einige den Abbau von sozialen Leistungen fürchten, gibt es andere Stimmen, die kritisieren, dass die Maßnahmen nicht weitreichend genug seien. Es bleibt abzuwarten, ob die anstehenden Reformschritte konsequent und sozial ausgewogen verfolgt werden und ob die große Koalition in der Lage ist, ein ausgewogenes Sozialsystem zu schaffen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Deutschland
Quellen	• www.tagesschau.de • www.spiegel.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net